

4. Demokratien und Autokratien: Ein vergleichender Überblick

MANFRED G. SCHMIDT

Dieser Beitrag vergleicht Demokratien und Autokratien. Woran erkennt man sie? Was haben sie gemeinsam? Worin bestehen ihre Unterschiede? Sind die Demokratien wirklich die beste aller Staatsformen? Von diesen Fragen handelt dieses Essay.

Demokratie und Autokratie

»Demokratie« heißt wortwörtlich »Volksherrschaft«. Sie ist »eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk«, so die viel zitierten Worte Abraham Lincolns, des 16. US-amerikanischen Präsidenten, im Jahre 1863. »Autokratien« hingegen sind nicht-demokratische Staaten. Als »Diktaturen« bezeichnen sie manche. Doch »Diktatur« meint eine zeitlich befristete Herrschaft zur Behebung einer Notlage. Besser passt zu den Nicht-Demokratien der Fachbegriff »Autokratien«. Gemeint sind autoritär oder totalitär regierte Staaten. Beispiele sind ein rechtstotalitäres Regime wie im NS-Staat in Deutschland von 1933 bis 1945, eine Allzuständigkeit beanspruchende kommunistische Staatspartei wie die Sozialistische Einheitspartei (SED) in der von 1949 bis 1990 existierenden Deutschen Demokratischen Republik (DDR), ein Militärregime, wie in Chile nach dem Putsch gegen den Präsidenten Allende im Jahr 1973, oder eine Theokratie, wie im Iran seit 1979. In der Geschichte dominierte lange die Staatsform der Autokratie. Heutzutage ist das anders. Mittlerweile besteht rund die Hälfte aller souveränen Staaten aus Demokratien. Den neuesten Befunden zufolge gehören 99 Länder zum Kreis der Demokratien, so die hier verwendete Quelle des Göteborger *Varieties of Democracy-Instituts* für das Jahr 2018 (*V-Dem 2019*). Von diesen 99 Staaten sind 39 Demokratien mit fairen Wahlen und liberalen Grundrechten. »*Liberal Democracies*« heißen sie in der Göteborger Quelle. Es sind gleichsam Demokratien der »A-Klasse« – unter ihnen Deutschland und die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Weitere 60 Länder haben ebenfalls im Wesentlichen faire Wahlen, doch laborieren sie an Mängeln meist bei den Schutz- und Abwehrrechten ihrer Bürger. Das sind sozusagen Demokratien der »B-Klasse«. »*Electoral Democracies*« nennen sie die Experten des *Varieties of Democracy-Instituts*. Den Zahlen des »*Varieties of Democracy-Instituts*« zufolge sind derzeit 80 der insgesamt 179 untersuchten Staaten Autokratien. 55 der 80 Autokratien sind sogenannte »elektorale Autokratien«. Das sind Autokratien mit Wahlen ihrer politischen Führung – »Wahlautokratien« nennen sie manche. Russland und Venezuela sind Beispiele. Die Regierungen der elektoralen Autokratien gehen aus Wahlen hervor. Doch die Regierungen unterdrücken die Presse und schikanieren die Opposition. Und die Wahlen sind meist von minderer Qualität.

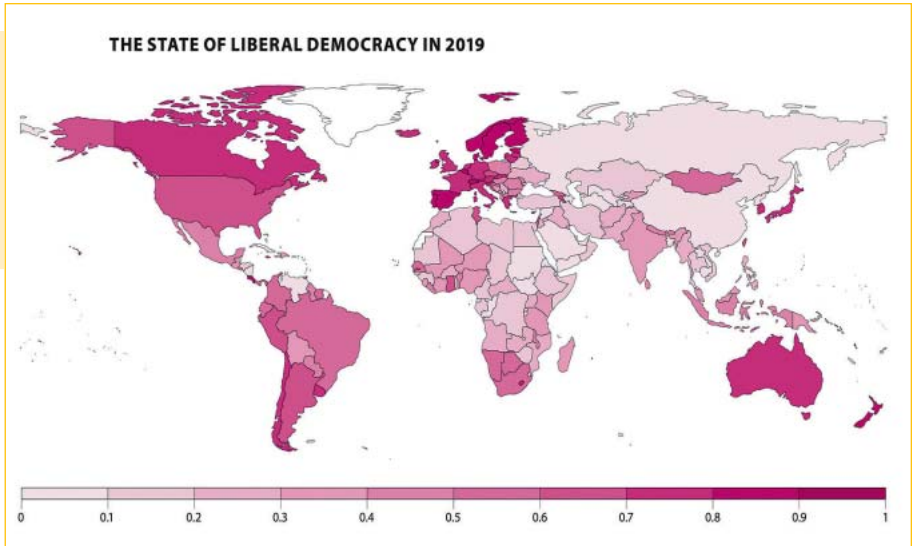


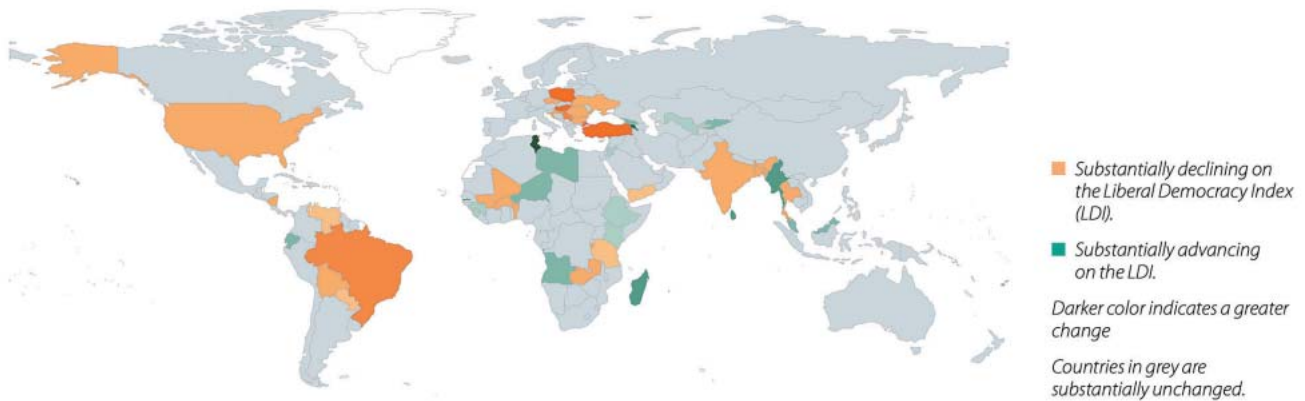
Abb. 1 »Weltkarte zum Index für »liberale Demokratien« nach dem Göteborger »Varieties of Democracy-Institut« (2020): Je dunkler die Darstellung, desto eher entspricht das Land dem Indexindex liberaler Demokratien.«
© <https://www.v-dem.net/en/analysis/MapGraph/>

Ohne nennenswerte faire Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen existiert ein zweiter Autokratie-Typ: die »Hardliner-Autokratien«. 25 sind es heutzutage – unter ihnen Nordkorea, Saudi-Arabien, Vietnam und die Volksrepublik China. Die Zahl der Demokratien ist mittlerweile hoch – viel höher als im 20. Jahrhundert, vom 19. Jahrhundert ganz zu schweigen. Und die Zahl der Autokratien ist mittlerweile drastisch geschrumpft. Noch vor wenigen Jahrzehnten bestand die große Mehrheit der Staaten aus mehr oder minder autoritären Autokratien. Heutzutage sind die Autokratien eine starke Minderheit. Allerdings ist in ihnen fast die Hälfte der Weltbevölkerung zu Hause. Allein die Volksrepublik China hat mehr als 1,4 Milliarden Bürger. Die hohe Zahl der Demokratien und die schrumpfende Zahl der Autokratien sind das Ergebnis von »Demokratisierungswellen«, so der von Samuel Huntington geprägte Fachausdruck. Diese Wellen haben viele Autokratien in mehr oder minder funktionierende Demokratien verwandelt. Eine der spektakulärsten Demokratisierungswellen ließ den Machtbereich der kommunistischen Sowjetunion und 1991 auch die Sowjetunion selbst zusammenbrechen. Gewiss gab und gibt es Gegenbewegungen, die »Autokratisierungswellen« in Venezuela, in Russland und in der Türkei beispielsweise (Lührmann und Lindberg 2019). Doch so stark wie die Demokratisierungswellen sind die Autokratisierungswellen nicht.

Konventioneller Demokratie-Autokratie-Vergleich: »Demokratie-Vorteil«

Die politischen Institutionen unterscheiden die Demokratien grundlegend von ihren autokratischen Gegenspielern. Markenzeichen der Demokratien sind Machtaufteilung (insbesondere zwischen gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender

COUNTRIES SUBSTANTIALLY DEMOCRATIZING OR AUTOCRATIZING, 2009–2019



3 The Liberal Democracy Index (LDI) aggregates V-Dem's Electoral Democracy Index (EDI) and Liberal Component Index (LCI). The first captures whether the components of Robert Dahl's "polyarchy" (1971) are present *de facto*. The latter measures whether electoral democracy is complemented by civil liberties, the rule of law and sufficient constraints on the executive by the judiciary and legislature as vital elements of liberal democracy.

4 To save space, the regional averages are illustrated without confidence intervals.

Abb. 2 »Fundamentale Veränderungen in Staaten von 2009–2019: Je dunkler die Färbung, desto größer die Veränderung.« Strittig ist bei dieser Einordnung, ob es gerechtfertigt ist, die USA in einer Kategorie mit z.B. Indien zu führen.

© <https://www.v-dem.net/en/>

Gewalt), Wahl und Abwahl der politischen Führung durch das Volk, Existenz einer Opposition und – im Fall der »Liberalen Demokratien« – ein funktionsfähiger Rechtsstaat, der die Grund- und Freiheitsrechte seiner Bürger sichern kann.

Autokratien hingegen erkennt man insbesondere an Machtkonzentration und nichtdemokratischer Führungsauslese. Diese erfolgt beispielsweise durch Erbfolge, wie in Monarchien und bislang in Nordkorea, durch nicht-öffentliche Auseinandersetzungen im Führungszirkel einer Staatspartei, durch einen Putsch, oder durch Meritokratie, also leistungsorientierte Bestenauslese, die, manchen Bewunderern der Volksrepublik China zufolge, die Rekrutierung des Spitzenpersonals in Chinas Kommunistischer Partei bestimme. Ein weiteres Markenzeichen der Autokratie ist der Status der Opposition. Diese ist entweder illegal, wie in den Hardliner-Autokratien, oder wird massiv eingeschränkt, wie in den elektoralen Autokratien. Überdies sind bürgerliche Schutz- und Freiheitsrechte bestenfalls nur ansatzweise vorhanden.

Besonders große Unterschiede bezeugt der Vergleich von etablierten Demokratien des Westens und den extremen Autokratien, den »totalitären Regimen«. So heißen sie in der Sprache der Totalitarismustheorie, die im 20. Jahrhundert am Fall des in Italien zur Macht gelangten Faschismus entwickelt und seit den 1930er Jahren erweitert wurde (Seidel und Jenkner 1974). Paradebeispiele für totalitäre Regime sind Deutschlands nationalsozialistischer Staat der Jahre von 1933 bis 1945, der Fall des »Rechtstotalitarismus« (Wehler 2009), und die Sowjetunion unter Stalin (Baberowski 2012), der Fall des »Linkstotalitarismus«. Ihre alle Lebensbereiche beherrschende Politik, ihre Gewalttätigkeit nach außen, gegenüber anderen Staaten, und nach innen, gegenüber ihren Bürgern oder Teilen der Bürgerschaft, kennzeichnet die totalitären Regime. Ihre Exekutivapparate scheuen selbst vor massenhafter Verfolgung und massenhafter Tötung nicht zurück.

Auch jenseits von Repression und Gewalt unterscheiden sich die etablierten Demokratien grundlegend von den extremen Autokratien. Die kommunistischen Länder in Mittel- und Osteuropa der Jahre von 1945 bis 1990 schlugen Wege ein, die ihre politischen Führer als »historische Errungenschaft« begriffen: Als »Errungenschaften« werteten sie wirtschaftspolitisch die Planwirtschaft, gesellschaftspolitisch die Zerschlagung gegnerischer sozialer Klassen und sozialpolitisch das Bestreben, eine Sozialpo-

litik eigener Prägung, einen »kommunistischen Wohlfahrtsstaat« mit Vollbeschäftigung, aufzubauen.

Doch was als »historische Errungenschaft« galt, entpuppte sich bei Lichte besehen oftmals nur als eine rückständige Wirtschaft, als Zerstörung von Humankapital und Ausbau einer Sozial- und Beschäftigungspolitik, welche die Wirtschaft überlastete, ihre Neuerungskraft herabsetzte und ihre Konkurrenzfähigkeit, sofern überhaupt vorhanden, untergrub.

Große Erfolge werden hingegen den Demokratien gutgeschrieben. Angeführt wird diese Lehrmeinung von der »Theorie des Demokratie-Vorteils« in der Variante von Halperin und anderen (2010). Die Demokratien überträfen alle anderen Regime allein schon bei der Förderung des Wohlstandes und der Friedenssicherung. So heißt es in dieser Theorie.

Weitere demokratiefreundliche Bewertungen haben andere Fachleute beige-steuert. Die Konfliktregelung in den Demokratien beispielsweise erfolge vorwiegend durch Wettbewerb und Aushandeln, seltener durch Befehl von oben. Das mache Konflikte kalkulierbar und ermögliche, sie meist gewaltfrei zu regeln. Zudem halte das Regelwerk der Demokratie dem Verlierer einer Abstimmung zukünftige Siegeschancen offen. Diese Chancen erleichterten dem Verlierer die Hinnahme seiner Niederlage – sofern die Mehrheitsverhältnisse nicht festgezimmert seien und immer nur eine Partei, eine Klasse oder eine Volksgruppe gewänne.

Als besonderer Vorteil der Demokratien wird ihre Fähigkeit gerühmt, Fehler zu korrigieren. Dieses Lob spielt seit Alexis de Tocquevilles berühmtem Werk über die in Amerika entstehende Demokratie – »De le Démocratie en Amérique« ist der Titel dieser 1835 veröffentlichten Schrift – eine prominente Rolle in der Debatte über die besten Staatsverfassungen (Tocqueville 1835/1840). Ein lehrreiches Beispiel war für Tocqueville, dass die amerikanische Demokratie schwere Nachteile ausgleichen konnte: Einerseits wählten die Wähler oft wenig qualifizierte Volksvertreter. Andererseits konnten die Wähler unfähige Führer aufgrund der kurzen Amtsperioden alsbald abwählen und somit den Schaden beseitigen.

Warum sind die Demokratien besser in der Fehlerkorrektur? Die Antwort der modernen Demokratietheorie lautet: Die Demokratien, vor allem ihre fest verwurzelten Exemplare, sind lernfähiger

als ihre autoritären oder totalitären Gegenstücke. Zugute kommen ihnen dabei ihre zahlreichen Frühwarnsysteme in der Politik und der Gesellschaft – unter ihnen Massenmedien, Wahlen, Petitionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und Meinungsbekundungen in den sozialen Medien. Zudem wirkt das Recht mitunter wie ein Frühwarnsystem für die Politik. In den »Liberalen Demokratien« ist die Rechtsprechung so einflussreich, dass dort der Spielraum für die Politik durch das »Regieren mit Richtern« viel enger begrenzt ist als andernorts. Selbst im Lichte regimeunspezifischer Messlatten sind viele Demokratien leistungsfähiger als die Autokratien. Folgt man der Abhandlung von Edeltraut Roller zum Thema »The Performance of Democracy« (2005), hätten Demokratien Konkurrenzvorteile bei Fragen »politischer Effektivität«, wie Schutz ihrer Bürger vor innerer und äußerer Gewalt. Es lebe sich in den meisten liberalen Demokratien sicherer als anderswo. Bei der Eindämmung sozialer Ungleichheit schnitten etliche Demokratien ebenfalls besser ab als viele andere Staaten. Ferner seien viele Demokratien beim Umweltschutz engagierter und erfolgreicher als die Autokratien. Und nicht wenige Demokratien investierten mehr in Forschung und Entwicklung als die Autokratien. Einen weiteren Vorzug der Demokratie hat die »Theorie des demokratischen Friedens« aufgedeckt. Ihr zufolge könnten Demokratien militant, ja: kriegslüsternd sein. Doch untereinander führten sie, getrieben von den Interessen und Stimmen ihrer Bürger, keinen Krieg. Je höher deshalb der Anteil von Demokratien an der Gesamtzahl unabhängiger Staaten, desto geringer sei das Sicherheitsdilemma in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Dadurch werde die Kriegswahrscheinlichkeit verringert. Das wiederum setze Mittel für zivile Zwecke frei. Machbar werde jetzt »Handelsstaatspolitik«, sprich: Wohlstandsmehrung durch zivilwirtschaftliches, weltmarktoffenes Tun und Lassen, anstelle von »Machtstaatspolitik« durch Handelskrieg oder militärische Gewalt. Ferner spricht die größere Dauerhaftigkeit für die Demokratien, wie die Studien von Adam Przeworski und Mitarbeiter (2000) zeigen. Demokratien überleben meist länger als Autokratien. Mehr noch: Wenn die Demokratien wirtschaftlich einigermaßen wohlhabend sind, sei ihre Überlebenswahrscheinlichkeit besonders groß. Przeworski und Mitarbeitern (2002, S. 237) zufolge liege die Schwelle bei einem Pro-Kopf-Volkseinkommen in Preisen von 1990 bei rund 4.000 US-Dollar. Oberhalb dieser Schwelle breche keine Demokratie zusammen. Einige Jahre später wurde dieser Wert korrigiert: Nun lag der entscheidende Schwellenwert bei 6.055 US-Dollar pro Kopf. Oberhalb dieser Schwelle gelte laut Przeworski (2005, S. 253) hundertprozentige Überlebendensicherheit. Besonders großes Lob zollt die Lehre der »Zukunftsgüter« den Demokratien. Ihr Urheber ist Otfried Höffe, einer der führenden Philosophen in Deutschland. Höffe zufolge überträfen die meisten Demokratien die Autokratien in vielen wichtigen Angelegenheiten: Bei der Sicherung des »Rechtsfriedens im Innern« und des äußeren Friedens seien sie »ziemlich erfolgreich«. Zu ihren Vorzügen zähle laut Höffe »ein zufriedenstellendes Existenzminimum«, ein leidlicher Wohlstand, »zahlreiche Bildungsangebote«, »eine weithin zuverlässige materielle Infrastruktur (...) und eine ziemlich gute medizinische Versorgung«. Überlegen seien die Demokratien allen anderen Regimen beim »Rechtskapital« und »Sozialkapital«. Vorteile lägen sodann bei ihrem besseren »Humanvermögen« und ihrem »Kulturkapital«. Zudem genössen vor allem die fortgeschrittenen

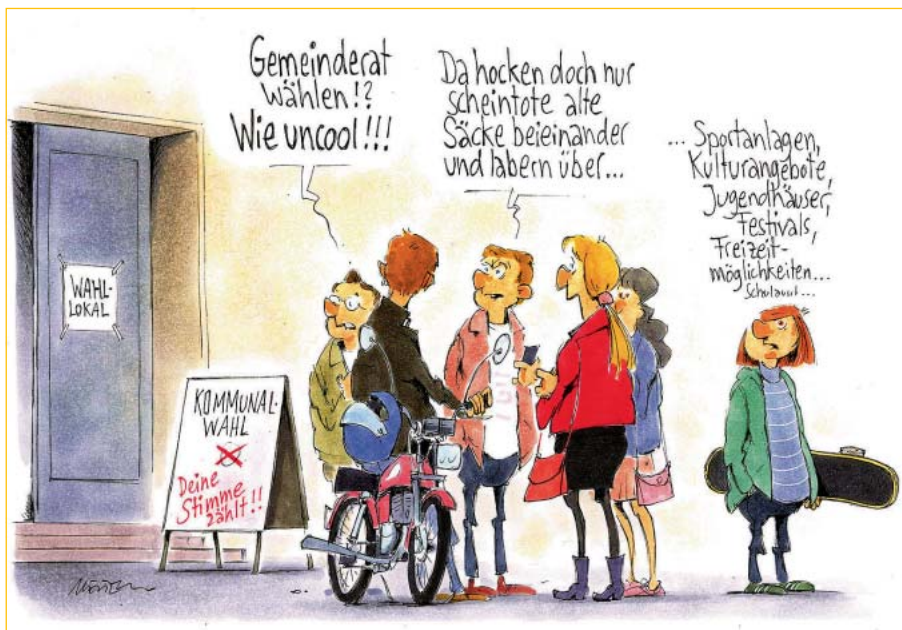


Abb. 3 »Wählen – wie uncool!«

© Gerhard Mester 2016

Demokratien einen »Legitimitätsvorsprung«, einen »Wissensvorsprung« und einen »Wirtschaftsvorsprung«. Obendrein könnten sie sich eines »Lernvorsprungs« rühmen: Sie seien zum Lernen befähigt. Soweit Höffes Theorie von 2009, aus der alle Zitate stammen. Ihr zufolge ist das Zukunftspotential der Demokratie hoch – und in nahezu allen wichtigen Belangen höher als das Zukunftspotential der Autokratien.

Dass die Demokratien eine bessere Politik praktiziert haben und zukunftsfähiges Regieren versprechen, wird von Höffe beschrieben, aber nicht ausführlich erklärt. Klassische Begründungen reichen nicht aus. Zu wenig haben hierfür die zuvor erwähnten Totalitarismustheorien zu bieten. Sie sind zu eng und holzschnittartig. Die Bedeutung von Führer-Masse-Beziehungen kommt in ihnen zu kurz, ebenso die genauere Analyse der Staatstätigkeit jenseits von Repression, Gewalt und Propaganda. Auch sozialwissenschaftlich breiter aufgestellte Theorien wie die vom »**Demokratie-Vorteil**« nach Halperin u.a. 2010 führen nicht allzu weit. Sie verklären die Leistungen der Demokratien. Und sie übersehen die schwarzen Schafe in den Reihen der Demokratien.

Eine zugkräftigere Begründung liefert die »**Selektoratstheorie**« von Bueno de Mesquita und anderen. Mit ihr kann der »**Demokratie-Vorteil**« wie folgt erklärt werden: Die Logik der Politik in den Demokratien gebiete die Bereitstellung vieler öffentlicher Güter für das große »Selektorat« dieser Länder – das ist der Teil des Elektorats, der Wahlberechtigten, der zur Wahl geht – und für die große »Gewinnerkoalition«, von deren Unterstützung der Machterhalt der Regierung abhängt. Das sind beispielsweise die Parlamentsabgeordneten der Regierungsparteien. Im Unterschied zu den Demokratien regierten in den Autokratien meist kleine Gewinnerkoalitionen, beispielsweise der Herrscher, seine Familie und Verwandtschaft sowie seine Gefolgsleute. Diese Gruppen würden kraft Gewohnheit, privater Weichenstellungen oder kraft staatlicher Politik vorrangig mit privaten Gütern bevorzugt, durch Land- oder Kapitalbesitz etwa, Vermögen oder finanzielle Zuwendungen oder andere materielle oder immaterielle Vorteile. Allgemeininteressen und Gruppen mit großen Anhängerschaften – wie das einfache Volk – hätten in einem solchen Regime oft nur geringe Chancen. Deshalb sei das Volumen der öffentlichen Güter in den Autokratien laut Selektoratstheorie meist spürbar kleiner als in den Demokratien. Und deshalb sei die Chance, Zukunftsgüter herzustellen, in den Autokratien meist gering – in den Demokratien aber groß.

Was reine Theorie zu sein scheint, bewährt sich in der Praxis. Die Sozialpolitik beispielsweise bestätigt das Erklärungsschema der Selektoratstheorie ein ganzes Stück weit: Besonders weit ausgebaut wurde die Sozialpolitik in den meisten Demokratien der »A-Klasse«, verhaltener geschah das in den Demokratien der »B-Klasse«. Und schwächer entwickelte sich die staatliche Sozialpolitik in vielen Autokratien. So lauten die wichtigsten Ergebnisse der Studie von Schmidt (2019).

Der »Demokratie-Vorteil« auf dem Prüfstand – Fragen an die Demokratie

Die bislang erwähnten Zahlen, Befunde und Theorien sprechen für die Demokratien und ihre Zukunft. Und sie sprechen gegen die Autokratien. Die Sache scheint entschieden zu sein. Die berühmte These des ehemaligen britischen Premierministers Churchill von der letztendlichen Überlegenheit der Demokratie, wie schlecht sie auch immer sein mag, scheint insoweit bestätigt zu sein. Über die Demokratie wird mitunter gesagt, sie sei die schlechteste Staatsform – aber besser als alles andere, was bislang ausprobiert wurde: »*democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time*«, so Churchill am 11. November 1947 im britischen Unterhaus.

Halten wir aber einen Moment inne. Verdient die Demokratie wirklich so viel Lob? Wird in ihr wirklich immer gut regiert oder zumindest meistens? Wählen die Wähler wirklich immer oder zumindest überwiegend fähige Führer? Und handeln die gewählten Führer immer oder in den meisten Fällen verantwortlich, sachkundig und zielsicher? Dem Lob der Demokratie widerspricht die Kritik an ihr. Die Liste der Mängel ist lang, wie die Geschichte der Demokratie und die Demokratietheorien zeigen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Sind die Wähler über Fragen der Politik gut informiert oder sind sie mehr oder minder ahnungslos? Werden wirklich begabte Repräsentanten und für höchste Staatsämter befähigte Politiker gewählt? Und was ist von den Ergebnissen der demokratischen Politik zu halten? Sind sie immer oder zumindest überwiegend sachorientiert oder werden sie von engstirnigen Sonderinteressen geprägt? Und ist die Demokratie nicht blind für Anliegen der Zukunft, was weite Teile der klimapolitischen Protestbewegungen, nicht nur Anhänger von »Fridays for Future« glauben? In der Demokratie hat man die größte Schwierigkeit, »die Leidenschaften zu beherrschen und die Bedürfnisse des Augenblicks zugunsten der Zukunft zu unterdrücken«, so hieß es schon in Tocquevilles »Über die Demokratie in Amerika«, aus dessen deutscher Übersetzung hier zitiert wird (1984, S. 258). Und warum sind viele Bürger unzufrieden mit der Demokratie in ihrem Lande? Warum sagen im Durchschnitt aller EU-Staaten rund 40 Prozent der Befragten, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land unzufrieden sind? So liest man in älteren und neueren Befunden des Eurobarometers, einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Befragung. Sind zudem nicht die Nichtwähler eine besonders starke Partei, auf die allein im Durchschnitt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union Ende der 2010er Jahre ein Drittel aller Wahlberechtigten entfallen? (Details in Schmidt 2019a: Tabelle 15). Schließlich: Wird die Demokratie nicht für Erfolge gelobt, die nicht ihr gutzuschreiben sind, sondern günstigen Rahmenbedingungen wie einem hohen Wohlstand oder tief verwurzelten rechtsstaatlichen Traditionen oder religiösen Traditionen, die das Individuum, seine Verantwortung und seinen Wert betonen?

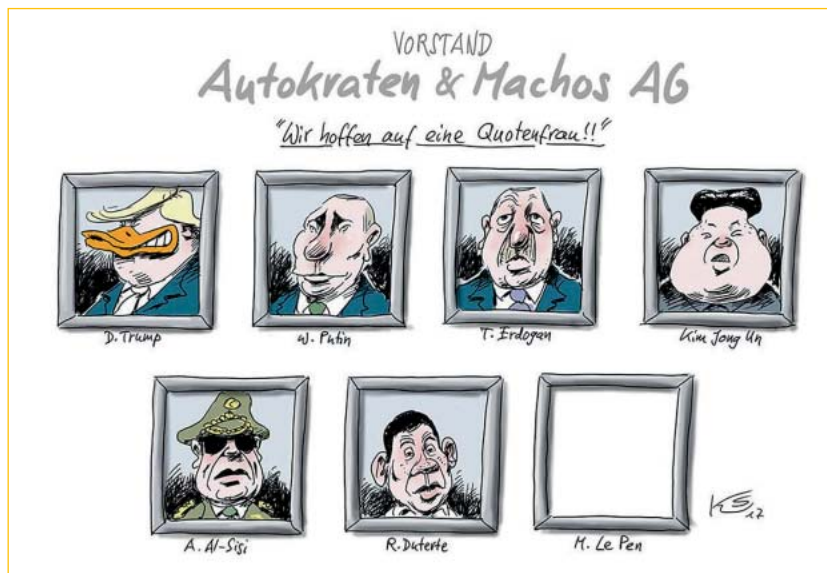


Abb. 4 »Autokraten & Machos AG ...«

© Klaus Stuttmann, 5.5.2017

Diese Frage trifft auch die oben zitierte Theorie von Höffe über den Vorrang der Demokratie bei vielen Zukunftsgütern. Höffes Lob der Demokratie passt nämlich im Wesentlichen für wirtschaftlich entwickelte, intakte, rechtsstaatlich verfasste Demokratien – aber kaum oder gar nicht für die größere Zahl der mehr oder minder mangelbehafteten »elektoralen Demokratien«.

■ Dauerhafte Autokratien?

Außerdem ist der Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien zu bedenken. Wie steht es um die autokratischen Staaten, die dauerhaft und leistungsstark sind? Sind nicht auch sie zukunftsfähig? Drei Gesichtspunkte sind hier besonders bedenkenswert: wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien, Autokratien mit leistungsfähiger »Staatskapazität« und Stärken der Autokratie, für die laut etlichen Beobachtern die Volksrepublik China steht.

■ Wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien?

Sind die Demokratien wirklich rundum wirtschaftlich leistungsfähiger als die Autokratien, so wie das die »Theorie des Demokratievorteils« behauptet? Wer nur den Wettbewerb zwischen dem »Westen« und dem »Osten« zu Zeiten des Kalten Krieges berücksichtigt, wird die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens ohne Wenn und Aber bejahen. Mittlerweile ist der Sachverhalt aber komplizierter. Manchmal sind die Demokratien wirtschaftlich leistungsfähiger, manchmal die Autokratien. Lehrreiches hierzu vermittelt eine großflächige neue Studie zum Wirtschaftswachstum in demokratischen und nicht-demokratischen Staaten. Ihr Verfasser, Carl Henrik Knutsen, hat die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie so zusammengefasst: Die Demokratien »*have more stable and predictable economic growth*« – die Demokratien haben stabileres und kalkulierbareres Wirtschaftswachstum. In manchen Autokratien hingegen wächst die Wirtschaft viel schneller, in anderen aber viel schwächer. Außerdem sind Autokratien anfälliger für schwere Wirtschaftskrisen. Demokratien hingegen »*are less likely to experience economic crisis than autocracies*« – die Wahrscheinlichkeit wirtschaftlicher Krisen ist in den Demokratien geringer als in Autokratien. Allerdings gilt auch das sogenannte »*catch-up*«-Gesetz: die aufholende wirtschaftliche Entwicklung eines Nachzüglers durch rasche Übernahme und innovative Weiterentwicklung der

Technologie der wirtschaftlich führenden Staaten. Durch »catch-up«-Prozesse können auch autoritäre oder totalitäre Staaten wohlhabend werden und hiermit ihre Staatsverfassung ähnlich gründlich gegen Zusammenbruchstendenzen schützen wie wohlhabende Demokratien. Die Voraussetzungen für wirtschaftlich erfolgreiche Autokratien sind insbesondere in vier bzw. fünf Schlüsselgrößen zu suchen: politische Stabilität, gesicherte Eigentumsrechte, qualifizierte Arbeitskräfte, hohe Investitionen und/oder gegebenenfalls hohe Einnahmen aus weltweit nachgefragten Rohstoffen wie Erdöl. Solche Bedingungen sind in etlichen Autokratien gegeben – manchmal mehr, manchmal weniger (Obinger 1994). Mittlerweile ist vor allem die Volksrepublik China mit ihrem seit 1977 sehr hohem Wirtschaftswachstum ein besonders auffälliger Fall, wie unter anderem der OECD Economic Survey China 2019 zeigt.

■ »Staatskapazität«

Die zweite Überlegung betrifft die Qualität der Regierung und Verwaltung, kurz: die »Staatskapazität«. Demokratien funktionieren insbesondere gut, wenn sie auf ein leistungsfähiges Regierungs- und Verwaltungssystem zählen können, wenn ihre »Staatskapazität« hoch ist. So lautet ein Befund einer von Pippa Norris verfassten Bilanz der Regierungs- und Verwaltungskapazität auf Basis von Daten der Weltbank und des Göteborger Quality of Government Institute. Ähnliches gilt laut Norris (2012) für Autokratien. Autokratie plus funktionsfähige Regierung und Verwaltung macht diese Länder handlungsfähiger als Autokratien ohne nennenswerte Staatskapazität. Sehr hohe »Staatskapazität« findet sich vor allem in Singapur. Mit Abstand folgen Brunei, Katar, Saudi-Arabien und die Volksrepublik China, so die in Norris (2012) berichteten Befunde.



Abb. 6 »Chinas Wirtschaftskraft ...«
© picture alliance / dieKLEINERT.de / Kostas Koufogiorgos, 2020

■ Vorzeigbare Erfolge: z. B. Volksrepublik China

China ist das Stichwort für die dritte Überlegung. Die Volksrepublik China ist eine harte Autokratie mit hohem Kontroll- und Repressionspotential, die in der Ära nach Mao Tse-Tungs Tod im Jahr 1976 durch spektakuläre Erfolge hervorgetreten ist. Das hohe Wachstum seiner Wirtschaft seit 1977 ist ein Zeichen. Dass dieses Wachstum auf einer staatskapitalistischen Wirtschaftsordnung in einem kommunistischen Parteienstaat erfolgt, ist ein zweites Zeichen. Mehr noch: Chinas hohes Wirtschaftswachstum, der Aufschwung der Technologie, der mit hohem Tempo erfolgende Ausbau seiner Infrastruktur, seine militärische Präsenz und die Verminderung absoluter Armut im Lande haben weltweit Aufsehen erregt und Anerkennung gefunden, insbesondere in anderen Autokratien. Eine weitere Stärke kommt China zugute: Es ist eine Autokratie, die sich bislang – trotz aller Repression und trotz Überzentralisierung – auf ein beachtliches Maß an Legitimität stützen kann. Die Wurzeln der Legitimität sind vor allem die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die mit ihr verknüpfte politische Stabilität, zudem der starke Nationalismus und schließlich eine politische Kultur, in der traditionelle Pflicht- und Akzeptanzwerte die Selbstentfaltungswerte überlagern und den Ton angeben. Alle drei Überlegungen – »Wirtschaftsstärke«, »hohe Staatskapazität« und »andere vorzeigbare Erfolge« – stützen die These, dass Autokratien, die diese Voraussetzungen erfüllen, wahrscheinlich dauerhaft bleiben und je nach Nutzung ihrer Chancen zukunftsfähig sein können.

■ Schlussfolgerungen

Die vergleichende Betrachtung von Demokratien und Autokratien legt fünf Schlussfolgerungen nahe.

- (1) Die **erste Folgerung** lautet: Zahlreiche Befunde sprechen für eine größere Zahl von Demokratien. Insofern dürfte das 21. Jahrhundert in größerem Maße ein Jahrhundert der Demokratie sein als sein Vorgänger. Allerdings haben selbst die besten Demokratien mit Problemen zu tun. Die Kompetenz der Wähler, die Befähigung der Politik und die Qualität des Regierens sind oft nur bedingt vorzeigbar.
- (2) **Zweitens:** Zudem ist die Spaltung der Demokratien in die »A-Klasse« und die »B-Klasse« nicht zu übersehen. Gemeint ist die Spaltung zwischen den rechtsstaatlichen Spielarten der Demokratie, den »liberalen Demokratien«, und den rechtsstaatlich meist schwächeren »elektoralen Demokratien«. Die besseren Zukunftschancen haben die »Liberalen Demokratien«, die der »A-Klasse«. Doch deren Zahl ist, wie am Anfang dieses Beitrags erwähnt wurde, kleiner als die Zahl der Demokratien der »B-Klasse«!

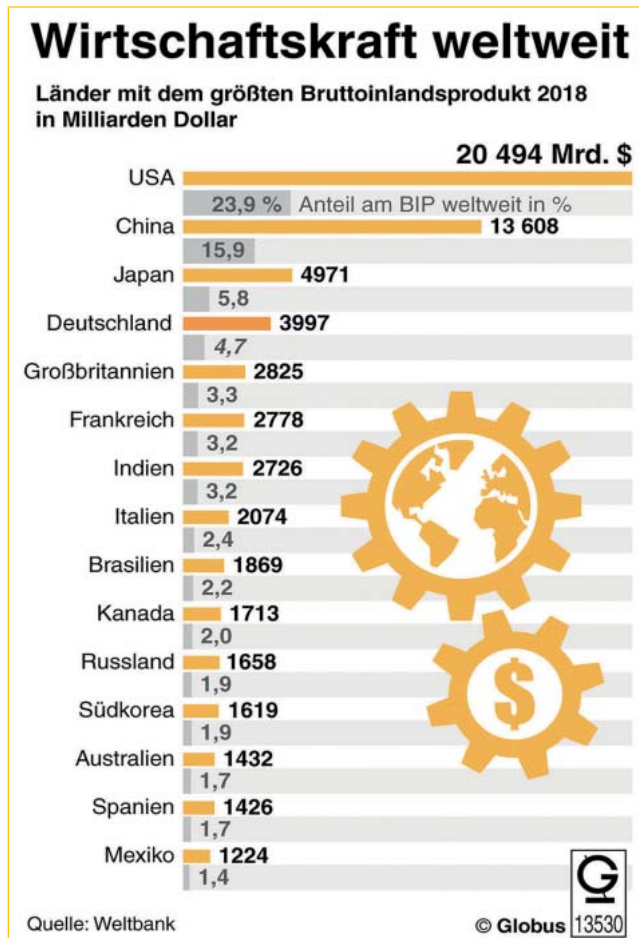


Abb. 5 »Wirtschaftskraft weltweit« © picture alliance / dpa-infografik

- (3) **Drittens:** Das weit verbreitete Lob der Demokratie bedarf der Korrektur. Das Gütesiegel einer besonders bewährten Staatsform verdient sich nur ein nicht allzu großer Kreis der »Liberalen Demokratien«. Selbst das unterkühlte Lob der Demokratie in der Churchill-These – »democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time« – zeichnet von ihr ein noch zu rosiges Bild.
- (4) Die **vierte Folgerung** besagt: Das 21. Jahrhundert wird weiterhin voraussichtlich ein Zeitalter mit etlichen dauerhaften, manchmal vielleicht zukunftsfähigen Autokratien sein. Ihr Überleben setzt allerdings voraus, dass sie anspruchsvolle Ziele erreichen und günstige Rahmenbedingungen beibehalten: vor allem wirtschaftliche Leistungskraft, politische Stabilität, administrative Kompetenz, gegebenenfalls Stärkung des Zusammenhalts durch aggressiven Nationalismus, schließlich Unterstützung durch eine konventionelle Politische Kultur, in der Pflicht- und Akzeptanzwerte überwiegen.
- (5) Die **fünfte Folgerung** ist diese: Vor allem dauerhafte, wirtschaftlich erfolgreiche und politisch stabile Autokratien werden im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts voraussichtlich mit den Demokratien in einem heftigen Wettstreit um wirtschaftliche, politische und militärische Vorteile liegen. Das könnte auch für die erfolgreichen Demokratien eine schwere Bewährungsprobe werden.

Literaturhinweise

- Baberowski, Jörg (2012): Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München: C. H. Beck.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Smith, Alastair (2011): The Dictator's Handbook. Why Bad Behavior Is Almost Always Good Politics. New York: Public Affairs.
- Bueno de Mesquita, Bruce / Alastair Smith / Randolph M. Siverson / D. Morrow (2003): The Logic of Political Survival. Cambridge, MA: The MIT Press.
- Halperin, Morton / Joe Siegele / Michael M. Weinstein (2010) (2. Aufl.): The Democracy Advantage. How Democracy promotes Prosperity and Peace. London: Routledge.
- Höffe, Otfried (2009): Ist die Demokratie zukunftsfähig? München: Beck.
- Hartmann, Jürgen (2015): Demokratie und Autokratie in der vergleichenden Demokratieforschung. Eine Kritik. Wiesbaden: Springer VS.
- Knutsen, Carl Henrik (2019): Democracy, Autocracy and Economic Development. Gothenburg: V-Dem Institute (Working Paper).
- Koopmans, Ruud (2019): Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt. München: C.H. Beck.



Abb. 7 »Die Europäische Union heute«

© Gerhard Mester, 2019



Abb. 8 »Tag der Menschenrechte«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Martin Erl

Levitsky, Steven / Daniel Ziblatt (2017): How Democracies Die. New York: Crown.

Lührmann, Anne / Staffan I. Lindberg (2019): A Third Wave of Autocratization is here. What is new about it? Democratization 26 (6): S. 1008–1015.

Merkel, Wolfgang (2012): Vergleich politischer Systeme: Demokratie und Autokratie. In: Studienbuch Politikwissenschaft, Hrsg. Manfred G. Schmidt, Frieder Wolf und Stefan Wurster. Wiesbaden: Springer VS, S. 207–236.

Norris, Pippa (2012): Making Democratic Governance Work. How Regimes Shape Prosperity, Welfare and Peace. Cambridge University Press.

Obinger, Herbert (1994): Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich. Wiesbaden: Springer VS

OECD (2019): Economic Survey China 2019. Paris: OECD.

Przeworski, Adam / Michael E. Alvarez / José Antonio Cheibub / Fernando Limongi (2000): Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World. 1950–1990. Cambridge University Press.

Przeworski, Adam (2005): Democracy as an equilibrium. Public Choice 123 (2): S. 253–273.

Roller, Edeltraud (2005): The Performance of Democracies. Political Institutions and Public Policy. Oxford: Oxford University Press.

Seidel, Bruno / Siegfried Jenkner (Hg.) (1974): Wege der Totalitarismusforschung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Schmidt, Manfred G. (2019a) (6. Aufl.): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.

Schmidt, Manfred G. (2019b): Sozialpolitik in Demokratien und Autokratien. Befunde des internationalen Vergleichs, in: Obinger, Herbert / Schmidt, Manfred G. (Hg.), Handbuch Sozialpolitik, Wiesbaden, Springer VS. S. 235–254.

Tocqueville, Alexis de. (1984) (Erstausgabe Paris 1835/1840): Über die Demokratie in Amerika. München: dtv.

V-Dem. (2019): Democracy Facing Global Challenges. V-DEM ANNUAL DEMOCRACY REPORT 2019. Universität Göteborg: V-Dem Institute.

Wehler, Hans-Ulrich (2009): Der Nationalsozialismus. Bewegung – Führerherrschaft – Verbrechen. München: C. H. Beck.

Welzel, Christian (2013): Freedom Rising. Human Empowerment and the Quest for Emancipation. Cambridge: Cambridge University Press.

MATERIALIEN

M 1 Deutsche Welle (2019):
 »Demokratieindex:
 Demokratie weltweit
 weiter unter Druck«,
 Deutsche Welle, 19.1.2019

Wie ist es weltweit um die Demokratie bestellt? Die politische Partizipation nimmt wieder zu, ebenso der Anteil von Frauen in der Politik, so der Demokratieindex. Doch die Liste der unvollständigen Demokratien ist lang. »Weltweit sehen wir eine echte Verbesserung in der politischen Teilhabe von Frauen, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft«, sagt Fiona Mackie von der britischen Analysefirma »Economist Intelligence Unit«

(EIU). Sie ist Chefredakteurin des Demokratieindex der EIU und Leiterin der Analyseabteilung für Lateinamerika und der Karibik. Doch trotz Frauenquote und mehr weiblichen Abgeordneten in vielen Parlamenten weltweit sind Frauen weiterhin in der Minderheit und weit von einem 50-Prozent-Anteil entfernt. »Leider ist es so, dass eine Frauenbeteiligung von 20 Prozent ausreicht, um ein Parlament als vergleichsweise gleichberechtigt zu bezeichnen«, betont Mackie. Der Demokratieindex des britischen »Economist Intelligence Unit« bewertet jährlich die demokratischen Zustände in 167 Ländern.

Um jeweils den Grad der Demokratie zu messen und ein Land in einen von vier Regimetyten einzuordnen, werden Punkte in fünf Kategorien vergeben: Wahlverfahren und Pluralismus, Arbeitsweise der Regierung, politische Teilhabe, politische Kultur und Bürgerrechte. Je nach erlangter Punktezahl gilt ein Land demnach als vollständige oder unvollständige Demokratie, als eine Mischform aus Autokratie und Demokratie oder als autoritäres Regime.

Die Liste der »unvollständigen« Demokratien ist die größte Gruppe im EIU-Index: 55 Länder, in denen insgesamt gut 43 Prozent der Weltbevölkerung leben, zählen dazu. Die USA stehen in der Rangliste dieser Gruppe noch hinter Südkorea, Japan, Chile und Estland und nur kurz vor dem afrikanischen Inselstaat Kap Verde und Portugal.

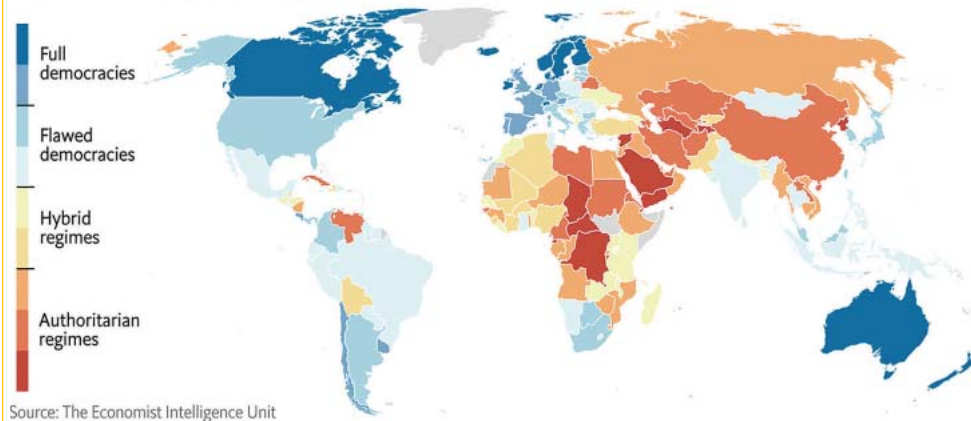
Seit 2016 wird im EIU-Index die USA als »unvollständige Demokratie« bezeichnet – nicht zuletzt weil die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit in der Bevölkerung wächst und das Vertrauen in öffentliche Institutionen schrumpft. Die Polarisierung der Gesellschaft sowie die Außen- und Innenpolitik von US-Präsident Donald Trump hat in der Bewertung der politischen Kultur für Minuspunkte gesorgt. Als positiv dagegen wird im Index der höhere Anteil von Frauen im US-Kongress nach den neuesten Wahlen bewertet. Das wirkt sich wiederum positiv auf die Kategorie »politische Beteiligung« aus.

Auch die Demokratien vieler europäischer Länder wie Frankreich, Belgien und Italien wurden als »unvollständig« eingestuft. Obwohl die Index-Werte in Westeuropa zum dritten Mal in Folge leicht gefallen sind, »gebe es noch keinen Grund die Demokratie in Europa für tot zu erklären«, meint Index-Chefredakteurin Mackie. Immerhin sind sieben westeuropäische Länder unter den ersten zehn in der Rangliste der demokratischen Entwicklung.

»Ja, es gibt ein Problem mit der Demokratie, das haben wir über die letzten Jahre gesehen. Aber es gibt auch positive Zeichen, zum Beispiel die wachsende politische Teilnahme«, so Mackie. Damit sei nicht nur die Wahlbeteiligung gemeint, sondern auch politisches Engagement

The Economist Intelligence Unit's 2019 Democracy Index

167 countries scored on a scale of 0 to 10 based on 60 indicators



M 2 »Demokratieindex der EIU«

© The Economist Intelligence Unit, 2020

in der Bevölkerung, sei es in politischen Parteien, in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder bei Protesten auf der Straße, sagt Mackie und verweist auf die differenzierte Erfassung von Daten, die in den Demokratieindex einfließen.

Auch global gesehen registriert der EIU-Index eine wachsende politische Beteiligung in der Bevölkerung. »Wir haben neue Beteiligungsformen gesehen, auch über Soziale Medien, und eine breite Aktionsbewegung, die sich legaler Mittel bedient. Das hat stärker zugenommen als das Engagement innerhalb der traditionellen politischen Systeme«, so Mackie.

Politikforscherin Julia Leininger bewertet das wachsende Engagement der Zivilgesellschaft ebenfalls als positiven Trend. Sie leitet das Programm »Transformation politischer (Un-)Ordnung« des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, DIE, in Bonn.

Protestbewegungen gebe es zum Beispiel in den USA und in Hongkong, wo Menschen gegen die Regierungen demonstrieren, aber auch in vielen anderen Teilen der Welt. »Das sehen wir vor allem auch in Afrika, wo es sehr viele lokale Proteste gibt. Dort hat das nochmal eine andere Dimension, weil es wenige Institutionen gibt, an die sich die Menschen wenden können.«

Die positiven Trends – eine stärkere Zivilgesellschaft und die gewachsene Beteiligung von Frauen in der Politik – können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt nur 20 Länder das Prädikat »vollständige Demokratie« erhielten. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Diktaturen oder in Ländern mit einer Mischung aus Autokratie und Demokratie.

Außerdem bedenklich: Je mehr Möglichkeiten es gibt, sich zum Beispiel im Internet und über Soziale Medien kritisch zu äußern, desto ausgeklügelter werden auch die digitalen Kontrollmöglichkeiten autoritärer Regimes. (...)

Insgesamt und global gesehen gebe es keinen Anlass zur Entwarnung, so Mackie von der EIU. »Wir wären gerne froh über das wachsende politische Engagement und über die Tatsache, dass die globalen Demokratiewerte zum ersten Mal seit drei Jahren nicht mehr gefallen sind«, sagt Mackie. »Wir sind jedoch insgesamt besorgt und sehen die Trends nicht als Anfang vom Ende des globalen Rückgangs der Demokratie, sondern lediglich als Pause.«

© www.dw.com/de/demokratieindex-economist-demokratie-weltweit-weiter-unter-druck-a-47105207/a-47105207

M 3 Frank Decker, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers (2020): »Vertrauen in Demokratie«, 2018–2020, FES Bonn 2020

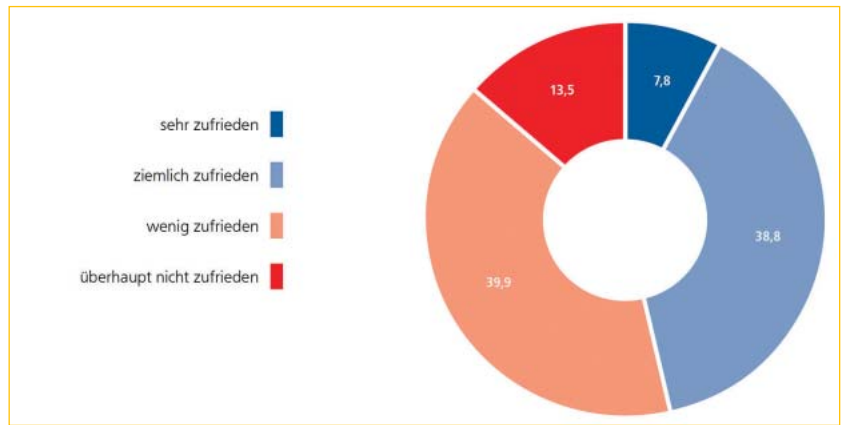
Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie: Nur noch eine Minderheit zeigt sich mit der Art und Weise zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes hat die Demokratie(un)zufriedenheit ein Level erreicht, das zu denken geben sollte: Nur noch eine Minderheit von 46,6 Prozent der Befragten zeigt sich mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem sehr oder ziemlich zufrieden, während eine Mehrheit von 53,4 Prozent angibt, mit dem Funktionieren der Demokratie weniger oder überhaupt nicht zufrieden zu sein. Dabei sind die Gruppen der moderat Zufriedenen und der moderat Unzufriedenen mit 38,8 bzw. 39,9 Prozent fast gleich groß; während sich aber nur etwa jede/r Dreizehnte (7,8 Prozent) sehr zufrieden äußert, ist mehr als jede/r Achte (13,5 Prozent) überhaupt nicht zufrieden (IM 4).

Unter den niedrig Gebildeten, den sich selbst der Unter- oder Arbeiterschicht Zurechnenden und den Nichterwerbstätigen erklärt sich sogar jede/r Vierte als mit dem Funktionieren der Demokratie überhaupt nicht zufrieden, unter den Befragten mit dem niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen immerhin jede/r Fünfte. Insgesamt zu einem negativen Urteil bezüglich des Demokratiefunktionierens kommen bei den niedrigen bis mittleren Bildungsgraden rund 60 Prozent, unter den Nichterwerbstätigen 65,3 Prozent, unter den Einkommensschwachen 67,1 Prozent und in der Unter- und Arbeiterschicht sogar 70 Prozent.

Demgegenüber weisen die Einkommensstärksten (54 Prozent), Angehörigen der oberen Mittel- oder Oberschicht (57,5 Prozent), Hochgebildeten (58,8 Prozent) und die in Ausbildung Befindlichen (62,3 Prozent) jeweils eine deutlich überdurchschnittliche Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie auf. Die Mittelschicht zeigt sich ebenfalls leicht überdurchschnittlich zufrieden (52,1 Prozent), während die mittlere Einkommensklasse (2.000 bis 4.000 Euro) nahe beim durchschnittlichen Wert für alle Befragten liegt. Gleiches gilt für die Erwerbstätigen sowie die Rentner/-innen und Pensionäre/-innen.

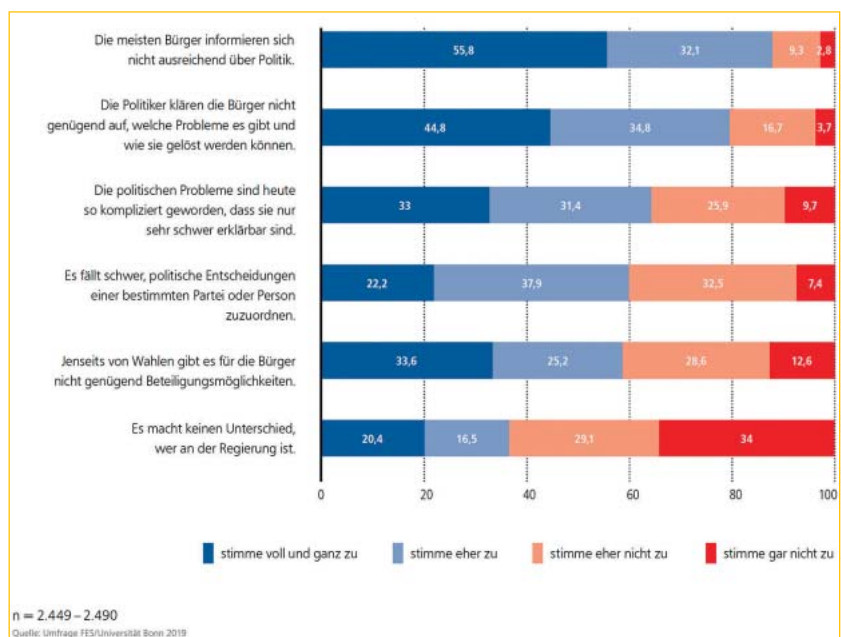
Aufgeschlüsselt nach Altersklassen folgt die Demokratiezufriedenheit einem U-förmigen Verlauf, wobei die ganz Jungen und die über 65-Jährigen mit dem Funktionieren der Demokratie merklich zufriedener sind als die mittleren Altersgruppen (35 bis 64 Jahre). Besonders hoch ist der Anteil der Unzufriedenen mit insgesamt 58,9 Prozent in der Altersklasse der 50- bis 64-Jährigen; ähnlich sieht es bei den 35- bis 49-Jährigen aus (57,2 Prozent). Bei den Befragten der höchsten Altersstufe liegen die Unzufriedenen mit 51,6 Prozent nur leicht vor den Zufriedenen, bei den Jüngsten überwiegen die Zufriedenen mit 54,7 Prozent. Bei Personen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil der Unzufriedenen um 9,4 Prozentpunkte höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund (61,5 gegenüber 52,1 Prozent). (...)

Eine große Mehrheit der Befragten beklagt die fehlende Responsivität des politischen Systems (externe Effektivität). Fast 80 Pro-



M 4 »Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie«

© Decker u.a. (2020): Vertrauen..., S. 30



M 5 »Politische Selbstwirksamkeit«

© Decker u.a. (2020): Vertrauen..., S. 34

zent (79,6 Prozent) sind der Meinung, dass die Politiker/-innen die Bürger/-innen nicht genügend darüber aufklären, welche Probleme es gibt und wie diese gelöst werden können; diese Aussage findet sogar mehrheitlich volle Zustimmung (44,8 Prozent; 34,8 Prozent stimmen eher zu). Dagegen stimmen nur 16,7 Prozent eher nicht und 3,7 Prozent überhaupt nicht zu. Dass es keinen Unterschied macht, wer an der Regierung ist, sehen 36,9 der Befragten so und 63,1 Prozent nicht so. Dabei fällt der Widerspruch besonders deutlich aus: 34 Prozent können der Aussage überhaupt nicht zustimmen, 29,1 Prozent stimmen eher nicht zu. Auch bei denjenigen, die der Aussage zustimmen, sind mehr Befragte in der extremen Antwortkategorie (20,4 Prozent) als bei der moderaten Zustimmung (16,4 Prozent) zu verorten (s. Abb. 8).

© Frank Decker, Volker Best, Sandra Fischer, Anne Küppers (2020): »Vertrauen in Demokratie, 2018–2020«, FES Bonn 2020, <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf>

M 6 Sonja Zekri (2018):
 »War's das mit der Demokratie?«,
 Süddeutsche Zeitung, 4.8.2018

Der Demokratie wird angesichts des Aufstiegs von autokratischen Politikern weltweit gegenwärtig von vielen Beobachtern die Zukunftsfähigkeit abgesprochen. Doch die Zahl der Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten demokratisch wurden, ist um ein Vielfaches größer als jener, die von einer Demokratie in eine Diktatur abgeglitten sind. Sie mag kein Wunscherfüllungsapparat sein, aber gegenüber Autokratien hat die Demokratie entscheidende Vorteile.

Der Arabische Frühling hatte seine beste Zeit hinter sich, und der politische Spielraum verengte sich täglich, aber noch wurden Visionen straffrei verbreitet. Während sich auf dem Tahrir-Platz in Kairo die Masse heiser schrie, verstieg sich daneben im achten Stock eines Hotels einer der führenden Salafisten Ägyptens zu einer bemerkenswerten Forderung. Er wünsche sich für sein Land Demokratie, und zwar nicht irgendeine Demokratie, sondern ein demokratisches System wie in Frankreich. Frankreich, das Mutterland der Revolution, das kurz zuvor ein Verbot des Niqab, des Gesichtsschleiers, ausgesprochen hatte? Wirklich? Der Salafist, kurz aus dem Konzept gebracht, rettete sich in die große Dimension: Jawohl, und warum nicht gleich ein modernes Kalifat schaffen, eine Gemeinschaft der Gläubigen – nach dem Vorbild der Europäischen Union?

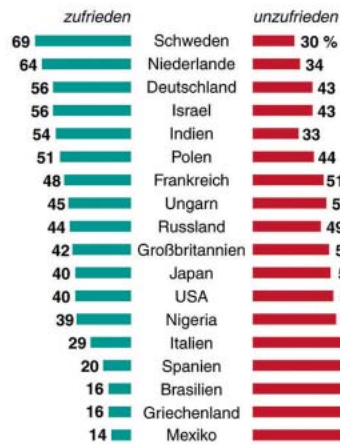
Sieben Jahre später wirkt die Szene erstaunlich: durch die unhinterfragte, inzwischen fast nostalgische Strahlkraft der Begriffe »Europäische Union« und »Demokratie«, aber auch, weil die Demokratieforderung des Bärtigen ein grundlegendes, und hochaktuelles Missverständnis darüber verrät, was dieser Begriff wohl bedeutet. Nach einem Bonmot unter Nahost-Experten erschöpft sich die islamistische Demokratievorstellung in einem Machtgewinnungsmechanismus aus wenigen Worten: »One man, one vote, one time«. Hätten die Islamisten einmal die Macht durch Wahlen errungen, so die Vermutung, würden sie sie einzig dazu nutzen, um die Demokratie abzuschaffen. Und so war Demokratie natürlich nicht gemeint.

Inzwischen hat dieser Irrtum allerdings seinen Widerhall in der europäischen Gegenwart gefunden. Dass die Falschen demokratische Mittel missbrauchen, um die Demokratie zu deformieren oder sogar abzuschaffen, ist eines der Bedrohungsszenarien in der allmählich doch sehr reichhaltigen Demokratiedämmerungsliteratur. (...) Der unschlagbare Magnetismus des demokratischen Modells wurde vom Aufstieg der Rechten, Populisten und Autokraten längst performativ widerlegt. Wenn China wirtschaftlich so übermächtig und Russland außenpolitisch so aggressiv sein darf, wenn in Ungarn, Polen, Österreich Rechtspopulisten Wahlen gewinnen, ist es Zeit für eine schonungslose Selbstprüfung: Waren die Minderheiten in ihren Ansprüchen zu maßlos? Die »Eliten« zu gierig? Das »Establishment« zu arrogant? Die Medien zu selbstbezogen? Die Geschwindigkeit, mit der dabei der universelle Anspruch der Demokratie preisgegeben wird, ist atemberaubend. Handlungsleitende Grundannahmen von gestern, hat der brillante bulgarische Soziologe Ivan Krastev konstatiert, »wirken inzwischen nicht nur veraltet, sondern geradezu unverständlich«. Differenzierte, weit gereiste Zeitgenossen fragen ohne zu blinzeln, ob die Demokratie noch das beste Modell für Deutschland ist. Sieht so das Ende aus? (...) Wenn China Amerika wirtschaftlich überflügelt, ist dies ein Beweis für die Überlegenheit chinesischer Unternehmen, nicht des Einparteiensystems. Ein Völkerrechtsbruch

(Un-)zufrieden mit der Demokratie

„Sind Sie zufrieden oder unzufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land?“

Zustimmung in Prozent



ausgewählte Länder

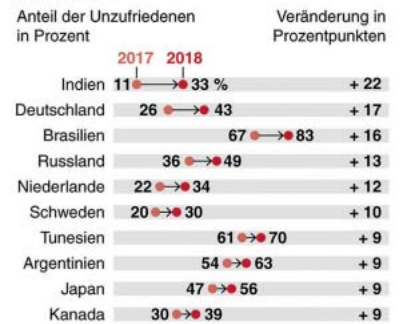
rundungsbedingte Differenz; Rest zu 100: weiß nicht

Umfrage unter 30 133 Menschen aus 27 Staaten zwischen dem 14. Mai und dem 12. August 2018

Quelle: Pew Research Center



In diesen Ländern stieg die Unzufriedenheit am stärksten



M 7 »(Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie«

© picture-alliance/ dpa-infografik

wie die Annexion der Krim entkräftet nicht das Freiheitsbedürfnis der Ukrainer, es bleibt ein Völkerrechtsbruch.

Im Idealfall gewährleistet die Demokratie den zivilen, gewaltfreien Interessenausgleich, auch für Minderheiten, wenn auch nicht für alle Partikularinteressen. Diese Fähigkeit zum Konsens macht der Demokratie keiner nach, und sie unterscheidet sich grundlegend von der Umverteilung von Privilegien, politischer Erpressung oder einem schlichten Elitenwechsel, mit denen Autokratien Warlords, Palastfraktionen oder Geheimdienstzweige bei Laune halten. Wer Autokratien von innen gesehen hat, der weiß, dass sie sich gerade nicht durch jene stahlharte, effektive Exekutive oder Verwaltung auszeichnen, die ihnen demokratieverwöhnte Europäer manchmal andichten, sondern durch eine hirnerweichende Bürokratie, Korruption und Klüngel. (...)

1941, so hat der »Economist« vorgerechnet, waren gerade ein Dutzend Staaten demokratisch, im Jahr 2000 aber hatten weltweit bis auf acht Länder alle Staaten mindestens einmal wählen lassen. Und auch wenn dazu Schein-, Halb-, Viertel- und Garnicht-Demokratien gehören, ist die Zahl der Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten den Schritt zur Demokratie geschafft haben, um ein Vielfaches größer als jener, die von einer Demokratie in eine Diktatur abgeglitten sind. Zu den jüngsten Diktaturaussteigern zählen Äthiopien und – praktisch unbeachtet – der jahrzehntelange Folterstaat Usbekistan. (...)

Auch früher sei die Demokratie gelegentlich in Bedrängnis geraten, gibt der Politologe Yascha Mounk zu bedenken, doch habe sie sich immer wieder erholt. Es gibt sehr vernünftige Gründe, die Attraktivität des Modells nicht aus dem Blick zu verlieren. Unübertroffen ist die Demokratie beispielsweise in allen Angelegenheiten des Machtwechsels. In jeder Autokratie ist dies ein krisenhafter, sogar systemgefährdender Moment. Stirbt der Despot, fallen ähnlich üble Präzedenzfälle übereinander her. Einen Herrscher zu Lebzeiten abzulösen ist nicht leichter. Da ein politischer Neustart nach ein paar Jahren ausgeschlossen ist, und der Gefallene die politische oder juristische Rache der Rivalen fürchten muss, bleibt ein freiwilliger Machtverzicht Selbstmord – mit der Folge schier unendlicher, immer verbissener verteidigter Regentschaften.

© www.sueddeutsche.de/kultur/politische-systeme-war-s-das-mit-der-demokratie-1.4080564

M 8 Interview mit Nic Cheeseman (2019):
»Im Durchschnitt sind Demokratien deutlich erfolgreicher als Autokratien«, *Neue Zürcher Zeitung*, 30.11.2019

NZZ: Herr Cheeseman, Äthiopien macht unter dem Reformpräsidenten Abiy Ahmed gerade erste Schritte in Richtung Demokratie. Rwanda hat laut Experten seine Armutsstatistiken massiv geschönt. Taugen die beiden Länder überhaupt noch als Modell für den autoritären Entwicklungsstaat?

Cheeseman: Äthiopien fällt als Modell tatsächlich weg. Die Führung der Regierungspartei hat begriffen, dass sie mit Repression allein die Stabilität des Landes nicht länger aufrechterhalten kann. Abiy soll nun den Öffnungsprozess umsetzen. Doch das Risiko besteht, dass in dem multiethnischen Staat eine Dynamik eingesetzt hat, die nicht mehr zu stoppen ist. Die Analogie zum Zusammenbruch der Sowjetunion liegt nahe. Abiy könnte noch als Gorbatschow Äthiopiens in die Geschichte eingehen.

NZZ: Und Rwanda?

Cheeseman: Ich bin kein Experte, was die Armutsstatistiken anbetrifft. Bei Autokratien muss man aber auf jeden Fall sehr skeptisch gegenüber den offiziellen Zahlen sein. Sehr wahrscheinlich hat Rwanda in den letzten Jahren deutlich weniger grosse Fortschritte gemacht als angegeben.

NZZ: Trotzdem wird Rwanda von manchen weiterhin als Erfolgsgeschichte hochgehalten.

Cheeseman: Nun, das Land hat seit dem Genozid von 1994 erstaunliche Fortschritte gemacht – hohes Wirtschaftswachstum, deutliche Reduktion von Armut und Ungleichheit, kaum noch Kriminalität und Korruption. Diese Erfolge sind unbestritten.

NZZ: Rwanda ist mit seinem autoritären Regime also doch ganz gut gefahren. Schließlich agiert es nach dem Vorbild erfolgreicher asiatischer Staaten wie Taiwan, Südkorea oder Singapur, die auch zuerst die Entwicklung vorangetrieben hatten, bevor sie an Demokratie dachten.

Cheeseman: Tatsächlich kommt Rwanda diesen asiatischen »Tigerstaaten« in institutioneller Hinsicht ziemlich nahe. Doch selbst wenn man die Rückschläge der letzten Jahre ignoriert oder die immer schlimmer werdende Repression des Regimes: Für andere Staaten Afrikas taugt der autoritäre Entwicklungsstaat keinesfalls als Modell.

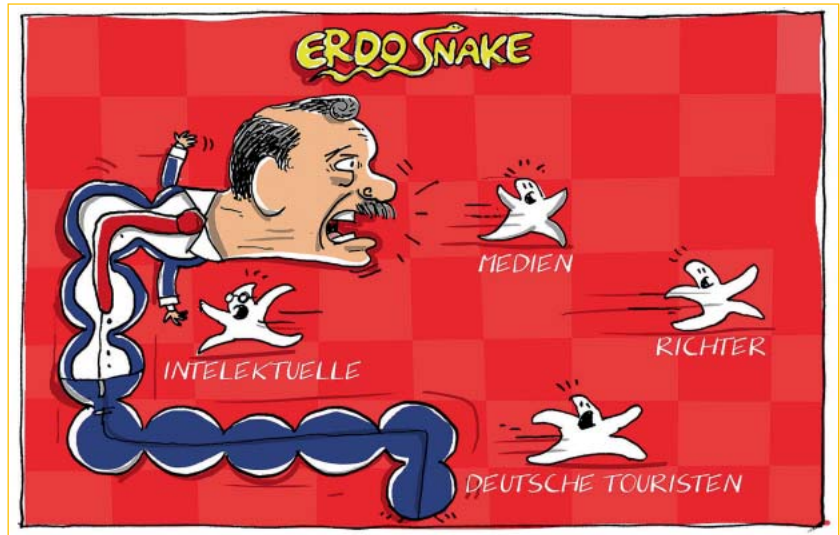
NZZ: Weshalb?

Cheeseman: Weil das Modell auch in Asien nur unter spezifischen Bedingungen funktionieren konnte. Es braucht vor allem ein äußerst starkes, von der Gesellschaft unabhängiges Regime, das nicht zuletzt die vorhandene Korruption in produktive Bahnen lenken kann und das fähig ist, eine kluge Wirtschaftsplanung womöglich gegen den Widerstand der Arbeiterschaft durchzudrücken. Paul Kagame hat solche Bedingungen in Rwanda reproduziert. Aber nirgendwo sonst in Afrika scheint das möglich – auch Äthiopien konnte das Modell nicht lange aufrechterhalten. (...)

NZZ: Demokratien stehen im Ruf, keine rasche Entwicklung zu ermöglichen.

Cheeseman: Das ist ein riesiges Missverständnis. Man schaut immer nur auf die paar wenigen Autokratien mit herausragendem Wirtschaftswachstum. Ignoriert wird dabei, dass die allermeisten undemokratischen Systeme die Armut sogar noch steigern. Was ist mit Kongo-Kinshasa oder Simbabwe? Im Durchschnitt sind Demokratien deutlich erfolgreicher als Autokratien – und je länger es bereits politischen Wettbewerb gibt, desto schneller wächst die Wirtschaft und reduziert sich die Armut. Das sieht man in Botswana und Mauritius.

© www.nzz.ch/international/afrika-im-durchschnitt-sind-demokratien-deutlich-erfolgreicher-ld.1523707



M 9 »Erdosnake«

© picture alliance / dieKLEINERT.de / Leopold Maurer

M 10 Thorsten Benner (2017): »Autokraten auf dem Vormarsch. Wie Demokratien auf illiberale Einflussnahme reagieren sollten.« *Internationale Politik*, 1.11.2017

Autoritäre Staaten versuchen verstärkt, auf liberale Demokratien Einfluss zu nehmen. Dabei profitieren sie von willigen Helfern in Unternehmen, Finanzdienstleistern, PR- und Lobbyfirmen sowie der Zivilgesellschaft. Offene Gesellschaften sollten voneinander lernen, wie man Einflusskanäle beschränken kann, ohne die eigenen Werte zu verraten. In den ersten 20 Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges war internationale Einflussnahme eine Einbahnstraße: Sie ging von liberalen Demokratien aus, die ihr Regierungsmodell weltweit zu verbreiten suchten. Dank dieser Demokratieförderung, so die Annahme, würden autoritäre Systeme auf dem Müllhaufen der Geschichte landen. Seit einigen Jahren erleben wir eine Schubumkehr. Nicht nur haben sich autoritäre Systeme als widerstandsfähig erwiesen; sie versuchen inzwischen in immer größerem Maße, ihrerseits auf westliche Demokratien Einfluss zu nehmen. Damit wollten sie das eigene Regime stärken, die Anziehungskraft liberaler Staaten schwächen und die Welt in eine illiberale Richtung drängen. Russlands kühner Versuch, die Präsidentschaftswahlen 2016 in den Vereinigten Staaten zu manipulieren, passt in dieses Muster. Autoritäre Einflussnahme geht aber nicht nur von Russland aus, sondern auch von China, der Türkei und anderen Staaten in Asien, Afrika und dem Mittleren Osten. Viele westliche Demokratien waren schon Ziel solcher Aktivitäten. Dabei geht es nicht nur um Einmischung in politische Fragen und um Propaganda-Programme, sondern auch um Einflussnahme mithilfe von politischen Parteien, Nicht-Regierungsorganisationen und Unternehmen.

Manche Methoden erinnern an die Zeit des Kalten Krieges – wie »Kompromat«, die Veröffentlichung von kompromittierendem und möglicherweise gefälschtem Material. Doch heute verfügen autoritäre Staaten über weitaus mehr Instrumente, da ihre Eliten und Institutionen eng mit westlichen Volkswirtschaften verknüpft sind. Zur Verbreitung ihrer Inhalte können sie an den etablierten westlichen Medien vorbei digitale Mechanismen nutzen. Die politischen Schwächen demokratischer Systeme, ihre Offenheit für ausländische Ideen und Gelder und die Gier, mit der manche Vertreter der wirtschaftlichen Elite von illiberalen Kunden profitieren, ebnen autoritären Regimen dabei den Weg.

© <https://internationalepolitik.de/de/autokraten-auf-dem-vormarsch>

Editorische Notiz: Die Abbildungen und die Zusatzmaterialien wurden von der Redaktion ausgewählt. Sie dienen der kontroversen Diskussion.